



NIEDERSÄCHSISCHES LANDVOLK Braunschweiger Land e.V.

Niedersächsisches Landvolk Braunschweiger Land e.V.
Helene-Künne-Allee 5, 38122 Braunschweig

Helene-Künne-Allee 5
38122 Braunschweig
☎ 0531 / 28770-0 / Fax: 28770-20
Mail: landvolk@landvolk-braunschweig.de
Internet: www.landvolk-braunschweig.de

Amtsgericht Braunschweig: VR 200723
Steuer Nr. 13/220/75422

Bankverbindung:
Bankhaus C. L. Seeliger
IBAN: DE28 2703 2500 0000 0022 99
BIC: BCLSDE21XXX

Pressemitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung:

25. Mai 2020

Vorstellung der „farm to fork“ Strategie der EU Kommission und des „Umweltberichtes“ der Bundesumweltministerin zeugen von Realitätsverlust und mangelnder Sachkenntnis

Das Landvolk Braunschweiger Land nimmt zu den beiden Veröffentlichungen der vergangenen Tage Stellung.

„Noch vor Wochen waren sich Politik und Gesellschaft einig, wie unverzichtbar die heimische Erzeugung von Grundnahrungsmitteln besonders in Krisenzeiten und bei gleichzeitig stark wachsender Weltbevölkerung ist. Doch offensichtlich scheint sich diese fundamentale Erkenntnis nicht dauerhaft bis nach Brüssel und Berlin durchgesetzt zu haben.“ So äußert sich der Vorsitzende des Landvolk Braunschweiger Land Ulrich Löhr zu diesen Nachrichten.

Landwirtschaft hat natürlich einen verringernden Einfluss auf Biodiversität. Hier stehen alle Landwirte vor dem Spagat, dass Biodiversität in der Natur erwünscht wird, aber Biodiversität von Pilzsporen und Samen im Brot nicht enthalten sein soll. Weiterhin wehren sich die Bauernvertreter gegen die politisch konstruierten Gegensätze zwischen Bio- und konventioneller Landwirtschaft.

„Hier muss vom schwarz/weiß Denken abgegangen werden. Beide Arten der Landbewirtschaftung haben ihre Stärken und Schwächen. Auf Bioflächen haben gerade die Bodenbrüter Rebhuhn und Kiebitz, deren Rückgang die Ministerin beklagt, bei mechanischer Unkrautbekämpfung durch den Striegel, kaum Überlebenschancen. Andererseits gibt es auf konventionellen Flächen weniger blühende Kräuter.

Völlig außer Acht lässt die Ministerin den Landfraß durch Infrastrukturprojekte und Verkehr, den negativen Einfluss invasiver Tierarten, wie Marderhund, Waschbär, die massive Zunahme von Krähenvögeln und den geradezu explodierenden Gänsebestand an den Küsten, der die dort heimischen Wiesenbrüter massiv verdrängt.

Weiterhin erwähnt Ministerin Schulze den seit Jahren sinkenden Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger auf den Feldern, sowie die vielen, gerade hier in der Region entwickelten Blühstreifen, nicht! Neuerdings werden derzeit in Braunschweig Ausgleichs- und

Ersatzmaßnahmen für Siedlungsprojekte durch standortangepasste Biodiversitätstreifen erfüllt. Diese Ansätze scheinen ihr völlig entgangen zu sein.

Löhrs Stellvertreter Wilfried Henties aus Oberg im Landkreis Peine, sagt deutlich „Frau Schulze, kommen Sie aus Ihrem Elfenbeinturm heraus zu uns. Wir zeigen Ihnen gern, was wir heute schon tun!“

Die EU Kommission fordert auch pauschale Reduktion von Dünger und Pflanzenschutz und will erheblich mehr Flächen in Biobewirtschaftung. Dazu muss aber bedacht werden, dass der Bioanbau für die gleiche Erzeugungsmenge das Doppelte an Fläche benötigt. Für die Erstellung eines Gleichgewichtes zwischen den unterschiedlichen Betriebsausrichtungen bedarf es nicht starrer Zahlenvorgaben, sondern eines funktionierenden Marktes. „Hier ist der Verbraucher in der Pflicht und in der Lage zu entscheiden, wie produziert werden soll“ äußert Löhr. Einseitige Auflagen für die Landwirtschaft in Europa, die global gesehen ein absoluter Gunststandort ist, führen zu Produktionsverlagerungen in andere Regionen. „Wer hier flächendeckende Extensivierung fordert, der legt selbst das Zündholz an die Baumriesen im Regenwald“ fügt Löhrs Stellvertreter Wilfried Henties an.

Das es auch anders geht, als mit pauschalen Vorwürfen aufeinander einzuprügeln, zeigt sich jetzt in Niedersachsen. Hier entstand mit dem „Niedersächsischen Weg“ ein auf Augenhöhe verhandeltes Abkommen zwischen Umweltverbänden Landesregierung, Landvolk und Landwirtschaftskammer. Die Verhandlungspartner mussten hier zum Teil schmerzhaft Abstriche von ihren Ausgangspositionen machen. Durch diese Vereinbarung wird der Landwirtschaft die Luft zum Atmen gelassen und dem Natur- und Artenschutz ein höherer Stellenwert beigemessen.

Den Verantwortlichen in Brüssel und Berlin stände so viel Augenmaß gut zu Gesicht!

Das Landvolk fordert jetzt allerdings den NABU, der die Vereinbarung mitunterzeichnet hat, auf, sein scheinheiliges Doppelspiel zu beenden und das Volksbegehren zum Artenschutz unverzüglich zurückzuziehen.

Zeichen mit LZ: 4066

Zeichen ohne LZ: 3554

Mit freundlichem Gruß

gez. Ulrich Löhr
Vorsitzender

gez. Wilfried Henties
stellv. Vorsitzender